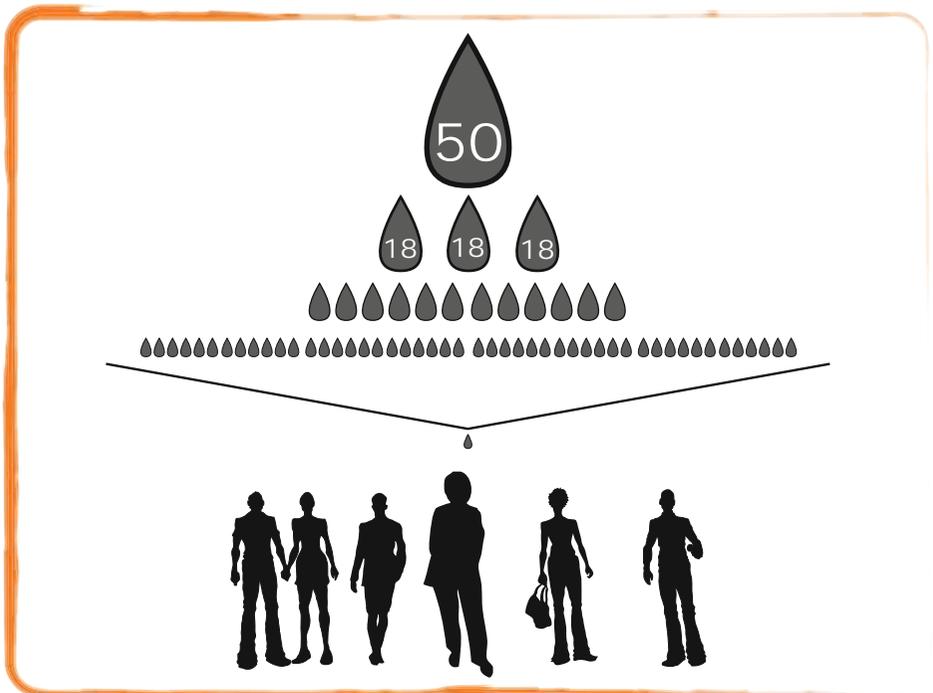


DIE LINKE.

Ausgabe I / 2009

Blendwerk

Von den 50 Milliarden Euro des Konjunkturpaketes II sollen 18 Milliarden Euro in Infrastrukturmaßnahmen bei Universitäten, Schulen und Straßen gesteckt werden. In Anbetracht der maroden Hochschulen (wir berichteten in 12/08) ist dies einzeln gesehen eine gute Nachricht. Soweit sollte erstmal auch nicht gemeckert werden.



Doch wenn jetzt die Investitionen in die Bildung so gerne hervorgehoben werden, ist das pures Blendwerk. Ein Dach über'm Kopf schützt vor Regen, schafft aber noch kein Zuhause. Und genau so schafft ein Hochschulgebäude noch keine andere Bildung. Es fehlt weiterhin an ausreichend Lehrpersonal und Mitarbeitern. Gerade an der zu 140% ausgelasteten HSNR wird dies deutlich. Und damit Menschen auch studieren können, brauchen sie eine gesicherte Finanzierung. Doch da wirken Studiengebühren und ein falsch angelegtes BAföG kontraproduktiv.

Vor allem sind die baulichen Mängel über Jahrzehnte selbst verschuldet! Was in der Vergangenheit kaputt gespart wurde, soll jetzt im Rahmen von Sofortmaßnahmen repariert und als „große Leistung“ verkauft werden.

Bleibt aber auch noch die Frage, in wie weit das wirklich der Rezession entgegenwirkt. Kleine Aufträge können schnell und unbürokratisch an den Handwerker von nebenan vergeben werden. Doch trotz der geplanten vereinfachten Ausschreibung: Bis die großen Baumaßnahmen beginnen, ist der Sommer ins Land gezogen. Und wie viele dieser europaweit ausgeschriebenen Baumaßnahmen dann auf die deutsche Konjunktur Einfluss haben, ist auch noch fraglich.

Dabei gibt es viel einfachere und schneller wirkende Maßnahmen: Studiengebühren abschaffen! Die Studierenden hätten sofort mehr Geld in der Tasche, das auch sofort im Einzelhandel landet. Die Regelsätze bei Hartz IV - nicht nur minimal bei den Kindern - anheben! Auch dieses Geld wäre sofort wieder im Umlauf. Oder sind

es die Studierenden und Hartz IV EmpfängerInnen, die die dicken Sparbücher haben?

Den Elternwillen beachten:
Die 6. Gesamtschule muss kommen!

Seit der Einrichtung der ersten Gesamtschule in Mönchengladbach 1986 verzeichnet diese Schulform steigende Anmeldezahlen. In den letzten Jahren deutlich über 1000. Damit folgen immer mehr Eltern den Erkenntnissen aus der PISA-Studie. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Länder ohne dreigliedriges Schulsystem mit Ganztagsbetrieb am besten abschneiden. In diesen Ländern sind die Differenzierungen beim Schulabschluss solange wie möglich offen.

Der Schulabschluss ergibt sich aus der Leistungsbeurteilung am Ende der Schullaufbahn der SchülerInnen und nicht direkt am Anfang. Diese Funktion erfüllt die Gesamtschule in unserem Land.

CDU und FDP verhindern jedoch, dass genügend Plätze an Gesamtschulen zur Verfügung stehen. Im letzten Jahr wurden 541 Kinder abgewiesen. Dieses Jahr werden es sicherlich wieder so viele werden. Die Linke. hat die Stadtverwaltung aufgefordert, eine Schulplanung zu entwickeln, die dem Elternwillen auf eine Schulform – Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule – gerecht wird und nicht dauerhaft den Elternwillen nach Gesamtschulplätzen missachtet.

weiterlesen letzte Seite

www.die-linke-zeitung.de

Binnenmarkt stärken statt Reiche zu beschenken

Die Bundesrepublik ist in die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929 geraten. Die weltweite Krise der Finanzmärkte ist längst auf die Realwirtschaft durchgeschlagen.



Hartmut Wessels, DIE LINKE.MG
Tel.: 02166 - 9792249

Die Bundesregierung spannt einen sogenannten „Rettungsschirm“ für Banken und die Industrie. Hunderte von Milliarden Euro wurden dafür bereitgestellt.

Wieder einmal werden Verluste sozialisiert: Die Gewinne durften die Manager einstecken, für die Verluste sollen die Steuerzahler aufkommen.

Um die Auswirkungen der Krise abzumildern hat die Regierung im Januar ein Konjunkturpaket beschlossen. Auf Nachfrage von Axel Troost, (finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke) hat das Bundesfinanzministerium präzisiert, welche Einkommensgruppen wie stark von den im Konjunkturpaket II für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehenen Steuersenkungen profitieren.

Demnach werden die Bezieher von niedrigen Einkommen bis 10.000 Euro (Verheiratete bis 20.000 Euro) um insgesamt 150 Mio. Euro entlastet werden. Die Gutverdiener mit über 53.000 Euro (Verheiratete 106.000 Euro) hingegen bekommen 1.450 Mio Euro, also fast das zehnfache an Einkommenssteuerentlastung.

Troost: „Endlich gesteht es auch die Bundesregierung ein: Die Steuerentlastungen im Konjunkturpaket II haben nicht viel mit Konjunktur aber sehr viel mit Klientelbedienung im (Vor-) Wahlkampf zu tun.“

Die Linke hat andere Vorstellungen von Krisenbewältigung. Um die Auswirkungen der Krise abzumildern bedarf es einer sofortigen Stärkung des Binnenmarktes. Realloohnerhöhungen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8.76 EUR sind Maßnahmen, die geeignet sind, die Kaufkraft zu erhöhen.

Ein Konjunkturprogramm von mindestens 50 Mrd EUR jährlich muss vor allem die Finanzkraft der Kommunen stärken, um dringend notwendige Investitionen insbesondere in den vielen sanierungsbedürftigen Schulen tätigen zu können.

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: info-die-linke@solargeneration.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

2009: Draufgezahlt?!

Zum Jahreswechsel sind einige Änderungen in Kraft getreten. So zahlt z.B. der Staat bei Kindergeld, BAföG und Wohngeld drauf. Ob ihr dadurch mehr Geld in der Tasche habt, bestimmt aber der Einzelfall.

Und natürlich wird auch 2009 einiges teurer, also zahlt auch ihr drauf. Unterm Strich bleibt natürlich immer zu wenig, keine Frage, aber ob es für euch vielleicht mehr als 2008 ist, lest ihr hier im Überblick:

Die „große“ Erhöhung des BAföG gab es zum WS 2008, jedoch wurde faktisch gerade mal der Inflationsausgleich seit der letzten Anpassung von 2001 drauf gelegt. In 2009 wird nun mit etwas Verzögerung der Zuschlag für die Kranken- und Pflegeversicherung angepasst: Für Anträge, die den Zeitraum ab April 2009 betreffen, wird der Anteil für die Krankenversicherung um 5 Euro (auf 55 Euro) erhöht, für die Pflegeversicherung um 1 Euro (auf 10 Euro).

Jedoch ist die studentische Krankenversicherung auch zum Anfang 2009 um 77ct erhöht worden (jetzt 55,55 Euro), der Beitrag zur Pflegeversicherung ist gleich geblieben.

Für die Familienversicherung gilt jetzt eine neue Grenze für „regelmäßige“ Einkommen in Höhe von 360 Euro (5 Euro mehr). Wer mehr verdient, muss „raus“ aus der Familienversicherung. Achtung: Unberührt davon sind die unregelmäßigen Einkommen z.B. während der Ferienjobs, wo die Grenze höher liegt. Da heißt es: Weiter bei eurer Krankenkasse nachfragen. Und auch für Minijobs (400-Euro-

Job) gilt eine andere Grenze, nämlich genau die 400 Euro.

(Zur Einkommensermittlung separaten Beitrag beachten)

Für Kinder von Privatversicherten, auch wenn nur ein Elternteil nicht in der Gesetzlichen ist, gelten andere Regeln!

Zum 1.1.09 wurde das Kindergeld für die ersten zwei Kinder um 10 Euro und für jedes weitere Kind um 16 Euro angehoben (also auf je 164 Euro für die ersten zwei, auf 170 Euro fürs dritte und 195 Euro für jedes weitere Kind). Diese Erhöhung kommt direkt Studierenden mit Kindern zugute. Aber da ihr alle auch selbst Kinder seid, kommt es über den Umweg eurer Eltern auch bedingt Euch zugute. Lest mehr dazu in unserem Spezial „Kindergeld kurz & knapp“.

Die gravierendsten Änderungen bringt die neue Wohngeldnovelle 2009 mit sich. Erstmals bringt es allen WohngeldempfängerInnen mehr Geld. Das ergibt sich aus der künftigen Einberechnung der Heizkosten, der Erhöhung der Höchstbeträge für die Mieten und den geänderten Wohngeldtabellen. Die durchschnittliche Höhe des Wohngeldes soll durch die Novelle von 90 Euro auf rund 140 Euro steigen.

Zusätzlich bekommen alle Haushalte, die zwischen Oktober 2008 und März 2009 Wohngeld bezogen haben, eine Einmalzahlung. Das hat der Bundestag im Dezember beschlossen, um auf die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundenen Nachzahlungen bei der Nebenkostenabrechnung zu reagieren.

Ganz wichtig ist, dass der Kreis der Wohngeld-Berechtigten erweitert wurde. Hier solltet ihr unbedingt euren Einzelfall prüfen! Trotz einiger Vereinfachungen des

Gesetzes bleibt es kompliziert genug. Einen ersten Überblick soll unser Spezial „Wohngeld kurz&knapp“ bieten.

Die GEZ-Gebühren sind 2009 angehoben worden: Für ein Radio oder internetfähigen PC um 24ct (auf 5,76 Euro/Monat) und für Fernsehen um 95ct (auf 17,98 Euro/Monat). Wer BAföG bezieht, kann sich von den Gebühren befreien lassen. Trotz der theoretischen Möglichkeit von Härtefallanträgen stehen für alle anderen die Chancen schlecht. Wohnt ihr bei den Eltern, zahlen diese GEZ und liegt euer eigenes Einkommen unter 276 Euro sind eure Geräte nicht gebührenpflichtig.

Beachtet, dass die Befreiung frühestens ab dem Folgemonat des Antrages gilt und nur für die auf dem Bescheid stehende Zeit.

Durch die Finanzkrise sind schon Ende 2008 die Zinsen gefallen, vermutlich wird dies auch 2009 anhalten. Somit sind auch BAföG-Bankdarlehen, Bildungskredit, Studienbeitragsdarlehen und KfW-Studienkredit „billiger“ geworden, hängen sie doch vom 6-Monats-EURIBOR der Europäische Zentralbank (EZB) ab.

Doch genau dieser Zinssatz ist seit der Einführung dieser Kredite deutlich und kontinuierlich gestiegen und eine Anpassung erfolgt immer nur verzögert. Und die Zinsen können (werden) mittelfristig auch wieder steigen. Wie auch immer, das ist kein Geld, das ihr jetzt mehr in der Tasche habt, und gerade bei der Aufnahme solcher Kredite ist immer Vorsicht geboten!

Da kaum jemand von allen Änderungen profitiert, wird es wohl nur unmerklich mehr als 2008 geben. Nur, wer von den Wohngeld Änderungen profitiert, könnte wirklich mehr in der Tasche haben. Somit

bleibt für 2009 neben dem Kampf gegen Studiengebühren weiterhin der Kampf für eine vernünftige Studienfinanzierung. In Anbetracht der kommenden Wahlen kann es also hoch her gehen.

Dieser Artikel kann nicht alle Wenn- und Aber-Ausnahmen berücksichtigen. Mehr Hilfe findet ihr z.B. auf www.bafög-rechner.de. Trotz sorgfältiger Prüfung können wir keine Garantie für getroffene Aussagen geben.

Einkommensberechnung

Die Werbungskostenpauschale von 920 Euro/Jahr (76,66 Euro/Monat) könnt Ihr von Eurem Bruttoverdienst zur Einkommensermittlung (Krankenversicherung/Kindergeld) abziehen. Nachweisbar höhere Werbekosten auch.

Unklar ist, ob Studiengebühren als besondere Ausbildungskosten bzw. besondere Werbekosten geltend gemacht werden können. Dies muss mit der zuständigen Familienkasse geklärt werden.

Unterhaltszahlungen der Eltern gelten nicht als Einkommen. Bei der Krankenversicherung gilt auch das BAföG nicht als Einkommen. Beim Kindergeld wird der Zuschuss-Anteil zum Einkommen gerechnet.

Kindergeld kurz & knapp

Anspruchsberechtigt sind erst einmal die Eltern. Wenn diese keinen Unterhalt (oder zu wenig) leisten, kann die sogenannte Abzweigung zum Zuge kommen - also die Auszahlung an das Kind selber.

Für Kinder in der Ausbildung kann bis zum 25 Lebensjahr Kindergeld bezogen werden (ggfls. um Wehr-/Ersatzdienstzeit verlängert). Ob es die erste Ausbildung,

eine zweite oder eine Weiterbildung ist, ist unwichtig. Selbst bei freiwilligen Praktika kann Kindergeld gewährt werden. Auch während einer Unterbrechung der Ausbildung (z.B. Krankheit, Mutterschutz) besteht der Anspruch weiter. Ein freiwilliges Aussetzen des Studiums (z.B. für Gremienarbeit) setzt auch den Kindergeldanspruch aus.

Auch verfällt der Anspruch, wenn ihr mehr als 7.680 Euro im Jahr an Einkommen habt. Beachtet, dass dieser Betrag entsprechend reduziert wird, wenn ihr nicht das ganze Jahr einen Anspruch hättet. Da die Überschreitung zu Rückzahlungen führen kann, solltet ihr euer Einkommen im Blick haben. Noch ist ein Verfahren anhängig, ob schon eine geringfügige Überschreitung der Grenzen (Fallbeileffekt) zum Wegfall des Kindergeldes führt. Leider sehen bisherige Instanzen das als „verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden“ an.

(Zur Einkommensermittlung separaten Beitrag beachten)

Seit 2008 ist klargestellt, dass euch das Kindergeld in voller Höhe zusteht. Allerdings mindert es auch euren Barbedarf, also den Teil wofür unterhaltspflichtige Eltern aufkommen. Im schlechtesten Fall bleibt euch also nichts von der Kindergelderhöhung bis auch der Unterhaltsanspruch angepasst ist.

Wohngeld kurz & knapp

Bisher schloss sich BAföG - Bezug und Wohngeld grundsätzlich aus. Seit 2009 gilt: Studierende, die BAföG als Bankdarlehen beziehen, können Wohngeld erhalten. In der Gesetzesbegründung steht zwar nur der Fall der Studienabschluss-Förderung, aber nach dem Gesetzestext sollten

alle Förderungen durch Bankdarlehen Berücksichtigung finden.

In Ausnahmefällen kann jetzt auch Studierenden mit BAföG Wohngeld zustehen. Hier können keine konkreten Fakten genannt werden. Zwei Beispiele wären:

- Alleinerziehende/r, wo das Kind kein Sozialgeld o.ä. bezieht
- Zusammenleben mit Partner/in der/die BAföG als Bankdarlehen erhält

Weiter können Studierende, die „dem Grunde nach keinen Anspruch (mehr) auf BAföG“ haben, jetzt einen Wohngeldantrag stellen. Dies betrifft Studierende, die kein BAföG erhalten, weil sie die Altersgrenze oder Förderungshöchstdauer überschritten haben, sie einen Leistungsnachweis nicht rechtzeitig erbracht haben, einen späten Fachrichtungswechsel vorgenommen haben oder ihre Ausbildung nicht förderungsfähig ist (z.B. nicht anerkannte Privathochschule).

Natürlich dürfen für alle Möglichkeiten bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden (z.B. bei Mietstufe VI für einen 1-Personen-Haushalt 870 Euro/Monat, 2-Personen-Haushalt 1.190 Euro/Monat).

Für Wohngemeinschaften ist es ab 2009 nicht mehr von Bedeutung, ob gemeinsam gewirtschaftet wird oder nicht. Jede/r kann für sich einen Wohngeldantrag stellen, egal ob gemeinsamer Mietvertrag oder Untermietverträge bestehen.

Um ab dem Ersten eines Monats Wohngeld zu erhalten, müsst ihr den Antrag bis zum letzten Tag des gleichen Monats bei der Wohngeldstelle einreichen.

Bündnis für Gerechtigkeit im Sozial- und Bildungswesen BGSB.sds

Eine der ersten Fragen, die Ihr Euch sicher stellt, ist: Warum ein so komplizierter Name? Das kann sich doch niemand merken, außerdem ist die statistische Wahrscheinlichkeit von Versprechern kriminell hoch.

Das sehen wir ein, legen Euch jedoch ans Herz, die ausgeschriebene Variante (Bündnis für Gerechtigkeit im Sozial- und Bildungswesen) des Namens kurz Wort für Wort durchzugehen. Und schon wisst Ihr, wofür wir primär stehen. Und da wir Politik eben mit Herz und Verstand machen, hätten wir uns einfach nicht anders nennen können - da leidet dann das Marketing schon mal unter dem Idealismus! Und das zu Recht!

Zur kurzen, aber erfolgreichen Geschichte der Liste.

Das „BGSB.sds“ ist eine junge linke Liste, die bei ihrer ersten StuPa Wahl 2007 an der Hochschule Niederrhein mit 56,3% als stärkste Liste 18 von 33 Sitzen im StuPa besetzen konnte.

Nach der Wahl im Jahr 2008 konnte das BGSB.sds 14 von 31 ParlamentarierInnen für Euch ins StuPa schicken.

Außerdem stellt die Liste nun den gesamten AStA-Vorstand und eine hohe Anzahl von Referentinnen und Referenten des AStA, die sich für Euch an der Hochschule politisch, kulturell und sozial engagieren.

Von Beginn an konnte das BGSB.sds im positiven Sinne Sammelbecken für eine Vielzahl linker Interessen und Ausrichtungen sein.

Wir sind fachbereichsübergreifend aktiv, haben auch Mitglieder aus den meisten Fachbereichen und als einzige wählbare Liste der Hochschule Niederrhein eine Satzung und ein Programm erarbeitet. Warum ist das jetzt so wichtig? Fachbereichsübergreifend aktiv zu sein bedeutet für uns, die teilweise von Fachbereich zu Fachbereich sehr unterschiedlichen Interessen der Studierenden aufzunehmen und vereint vertreten zu können.

Die Satzung und vor allem das Programm sind unser Herzstück und beinhalten unsere hochschulpolitischen Nahziele und natürlich auch unsere Visionen.

Mit Stolz können wir behaupten, dass sich im BGSB.sds die sozialpolitisch interessierte und engagierte Studierendenschaft unserer Hochschule bündelt.

Und das, um klare Positionen zu vertreten in Sachen Bildungspolitik, Studiengebühren, Gleichberechtigung, Kampf gegen Rechts, Kulturförderung sowie Demokratieförderung und Mitbestimmung der Studierenden an ihrer Hochschule.

Wir wollen Alternativen aufzeigen, für gerechte Sozial- und Bildungspolitik, die nicht geprägt ist von sozialer Selektion oder den Interessen der Wirtschaft!

Habt Ihr Lust, Euch politisch zu engagieren, etwas für Eure Kommilitoninnen und Kommilitonen und Euch zu bewegen? Oder wollt Ihr Euch noch ,mal persönlich unseren Namen erklären lassen? Wir freuen uns auf Euch, schaut einfach mal im AStA vorbei, da ist immer jemand von uns!



Der jetzige Schuldezernent, Dr. Gerd Fischer (CDU) tut jedoch anscheinend alles, um eine solche bedarfsgerechte Schulplanung zu verhindern. Für eine solche Schulplanung sind die Daten aus dem ersten Anmeldezug notwendig. Nur sie geben darüber Auskunft, wie viele Eltern ihr Kind auf einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule haben wollen.

Im zweiten Anmeldezug müssen sich Eltern von abgewiesenen Gesamtschülern um einen Platz in einer Hauptschule, Realschule oder Gymnasium bewerben. Das ist dann aber nicht mehr die Schule ihrer Wahl.

Die Erhebung der Zahlen des ersten Anmeldezuges verhindert Dr. Gerd Fischer bzw. er will sie nicht veröffentlichen.

In der Ratssitzung am 17.12.08 stellte die LiLO ihm folgende Frage:

„Gedenkt die Verwaltung, im Gegensatz zum letzten Jahr, die Daten des ersten Anmeldezuges zu erheben und den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen?“

Die Antwort des Schuldezernenten:

„Da diese Daten für die Entscheidung zur Bildung von Eingangsklassen der weiterführenden Schulen nicht benötigt werden, ist eine entsprechende Erhebung nicht vorgesehen.“

Wir gehen jedoch davon aus, dass diese Zahlen der Verwaltung sehr wohl vorliegen. Wie sonst ist der Brief von Herrn Laut, des Fachbereichsleiters beim Schulamt vom 15.1.2009 zu verstehen, der die RektorInnen der weiterführenden Schulen auffordert, die Anmeldezahlen aus dem ersten Anmeldezug nicht an die Öffentlichkeit zu geben.

Damit weigert sich Dr. Fischer, die notwendigen Zahlen für eine Entscheidung über bestehende Schulformen den Mitgliedern des Rates zur Verfügung zu stellen.

Die Handlungsgrundlage für die Arbeit eines Dezernenten ist nicht seine politische Überzeugung. Seine Aufgabe u. a. ist es, den zuständigen Gremien verlässliche Zahlen für politische Entscheidungen vorzulegen.

Ein Schuldezernent, der sich weigert, die für die politischen Entscheidungen notwendigen Zahlen zu erheben, ist aus unserer Sicht nicht tragbar.
